

Pesos statt Dollars

Entwicklungsländer sind bei Großbanken hoffnungslos verschuldet. Allein die jährlichen Zinsverpflichtungen haben sich von 1977 bis 1985 von 15 auf 76 Milliarden Dollar erhöht. Ließe sich die internationale Schuldenkrise entschärfen, wenn Entwicklungsländer ihre Schulden in eigener Währung zurückzahlten?

Arvid Mainz von der Deutschen Bundesbank schmunzelt, als er seinen Besuchern aus Lateinamerika kubanische „puros“ (Zigarren) offeriert. Fidel Castros Ansinnen eines Schuldenboykotts ist längst abgeschmettert. Das Debet wird getilgt, heißt es heute offiziell von beiden Seiten. Und um so schneller kann Entwarnung gegeben werden, als Nord und Süd gemeinsame politische Lösungen vorbringen. „Neue Weltwirtschaftsordnung“ und „Fonds für die Schuldnerländer“ sind die Stichworte.

Ein politisches Problem, welches in diesem Zusammenhang nicht genannt wird, heißt Währungsautonomie, genauer: Warum können die Länder der Dritten Welt nicht einfach ihre Schulden in der eigenen Landeswährung tilgen? Ketzerisch und bar jeglichen ökonomischen Sachverständs klingt dieser Vorschlag sicherlich. Trotzdem lohnt es sich, darüber nachzudenken und auch die Meinung der Vertreter aus den verschuldeten Ländern Lateinamerikas zu hören.

Es ist anzunehmen, daß die Länder der Dritten Welt eine Schuldentrückzahlung in heimischer Währung befürworten, weil die Gläubiger die

Devisen dann auch wieder in diesen Ländern ausgeben. Die Position der Verkäufer in den Schuldernationen würde gestärkt. Als Stärkung in der gleichen Richtung würde eine weitere Verwendung der „schwachen“ Währungen wirken — die Verwendung als Kredit: Die Nordstaaten verleihen solche Gelder an Entwicklungsländer weiter. Die Folge wäre eine Intensivierung des Handelsaustauschs zwischen den Staaten der Dritten Welt. Nicht nur die schwache Rolle der Unterentwickelten gegenüber ihren Hartwährungskunden würde verbessert. Auch Kunden und Märkte gingen dadurch den Nordstaaten verloren.

Veheemente Ablehnung gegen solche Umwälzungen kommt nun oft gerade von denjenigen, die in dieser Hypothese auf der Gewinnerseite vermutet wurden. Die Rede ist von den Exporteuren der Dritten Welt, die zwar nicht gegen eine Stärkung ihrer Anbietermacht sind, doch ihre Waren nur gegen harte Devisen tauschen wollen. Währungen, die ins Ausland geschafft werden können, befriedigen offenbar die Sicherheits- oder Spekulationsbedürfnisse der Reichen in den Entwicklungsländern.

Echte Befürworter der Rückzahlungsrevolution sind in den Schuldnerländern tatsächlich rar, zumal dort geradezu jedermann für verrückt erklärt wird, der nicht in harter Währung, vornehmlich in Dollar rechnet und denkt. Jeder Betrag in heimischer Währung, der nicht unmittelbar zu Transaktionszwecken nötig ist, wird nach Möglichkeit umgetauscht, was eine höhere Geldumlaufgeschwindigkeit zur Folge hat. Entsprechend — und dieser Gedanke bringt jetzt die Befürworter auf den Plan — gering ist das Angebot an Waren und Dienstleistungen, das der heimischen Kaufkraft gegenübergestellt wird. Der interne Markt ist aus diesem Grunde eng und inflationär.

Die Rückzahlung der Verbindlichkeiten in eigener Währung würde auf mehreren Ebenen zugleich inflationssenkende Tendenzen beinhalten und daneben wirtschaftliche Entwicklungskräfte aktivieren. Die möglichen Konsequenzen lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

□ Der Druck auf die eigene Währung des Schuldnerlandes würde sinken, weil zur Schuldentilgung keine Devisen mehr nachzufragen wären. Die öffentliche Nachfrage nach der eigenen Währung müßte dagegen zunehmen: Ihr Wert und ihr Image würden steigen.

□ Die staatliche Nachfrage nach heimischem Tilgungsgeld kann, wenn sie mittels Anleihen gedeckt wird, zu einer alternativen Geldanlage für reiche Inländer werden. Dadurch könnte auch deren Devisennachfrage sinken.

□ Die Gläubigerstaaten, die das Geld der Entwicklungsländer im Schuldendienst erhalten, wären dann auch direkt an einem besseren Tauschwert dieser Währung interessiert. Eine Aufwertung des Geldes wäre allerdings nur durch eine solide Wirtschaftsentwicklung im

Schuldnerland zu erreichen. Das Geld würde — wenn es in den betreffenden Ländern direkt investiert wird — das Angebot der Dritten Welt vergrößern und verbessern. Den heute noch üblichen Austerität-Auflagen fehlt diese Eigenschaft. Sie sind eher geeignet, soziale Spannungen zu erhöhen und Investitionen der Reichen im eigenen Land abzuschrecken.

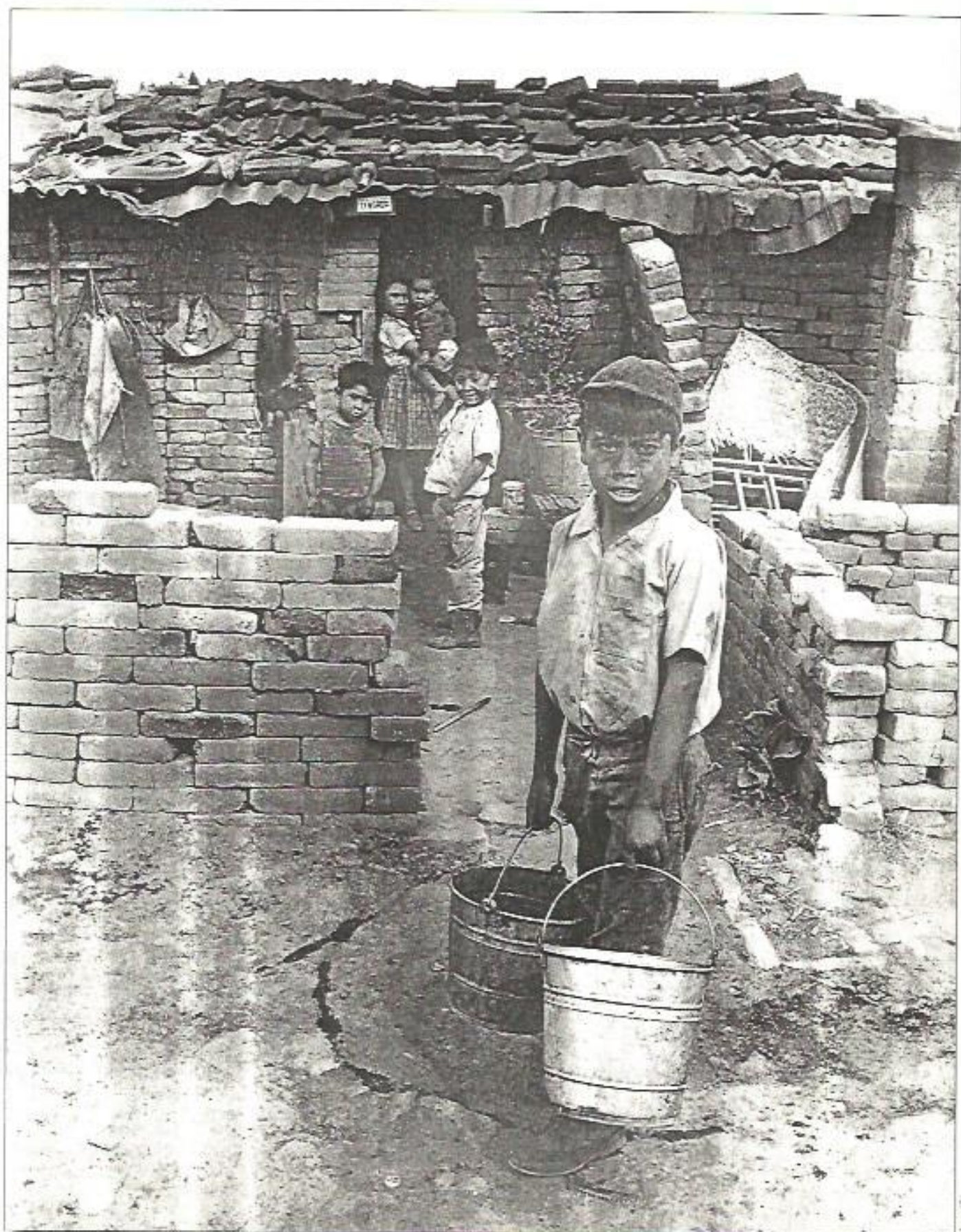
□ Ein von außen auf diese Weise initiiertes Entwicklungsprozeß würde mit der Zeit auch die heimischen Kapitalbesitzer zur Investition anregen. Würden diese zudem ihre Auslandsguthaben auflösen und in die eigene Währung zurücktauschen, kämen zwei weitere Effekte hinzu: Zum einen würde die sonst drohende Überfremdung der Entwicklungsländer gebremst. Zum anderen bekämen die Gläubigerstaaten dann doch noch Mark und Dollar zurück.

Die genannten Konsequenzen dieser Umschuldungsvariante müßten in der Realität sicherlich zirkulär und kumulativ aufeinander wirken. Denn sie bedingen und verstärken sich gegenseitig, ihre Wirkung ist nicht isoliert zu messen.

Meßbar, wenn auch in einem anderen Sinne, wäre dagegen der zuletzt erwähnte Punkt: Gemeint ist das Ausmaß des Umtausches von harten Devisen in die heimische Währung der Entwicklungsländer. Laut Schätzungen beträgt das Finanzvolumen für den hier angesprochenen Rücktausch gut 500 Milliarden Dollar.

Die Schulden der Dritten Welt sind durch private Auslandsguthaben von Bürgern der Entwicklungsländer vermutlich mehr als zur Hälfte gedeckt. Über drei dieser Länder gab Eric F. Sidler kürzlich genauere Zahlen. „Von allen Geldern“, so Sid-

**Slumbewohner in Mexiko:
Nur harte Dollars zählen**



ler. „die zwischen 1979 und 1984 Argentinien, Mexiko und Venezuela zur Verfügung gestellt wurden, sind schätzungsweise etwa 60 Prozent von Argentinien wieder an uns zurückgefließen, etwa 45 Prozent von Mexiko und 100 Prozent von Venezuela.“ Diese Auslandsguthaben nun einfach zur Schuldentilgung heranzuziehen wäre vielfach so legitim wie illusorisch. Schon die leisesten Anzeichen eines Drucks in diese Richtung beflügeln bei den Betroffenen — so berichten etwa argentinische Politiker — wenn nicht Putschgedanken, dann doch den Willen zu mehr und raffinierterer Kapitalflucht. Eine Rückkehr der heimischen Ersparnisse wird nur freiwillig erfolgen; die Begleichung der Schulden in der eigenen Währung könnte dies fördern.

Sicher ist dieser skizzierte Weg noch viel zu wenig erforscht. Notwendig sind wirklich kühne Schritte, um den derzeitigen Status quo zu überwinden, um zu erreichen, daß die fast 1000 Milliarden Dollar Kredite an die Dritte Welt für beide Seiten nicht nur Verluste gewesen sind, Verluste für Kreditgeber, für Banken und Unternehmen, Verluste auch für unsere gesamte Volkswirtschaft. In den Gläubigerstaaten hat die Sozialisierung der entstandenen Schäden längst begonnen — zum Beispiel durch höhere Zinssätze bei der Kreditvergabe. Aber auch Steuerzahler und Kapitaleigner werden direkt oder indirekt zur Kasse gebeten. Die volkswirtschaftliche Konsequenz aus alledem heißt immer Fehlleitung von Ressourcen und somit eine geringere Produktivität in der Zukunft.

Für die meisten deutschen Führungskräfte sind die genannten Folgen alles andere als neu. Gerade deshalb aber ist es jedoch erstaunlich, daß die Schuldenkrise häufig nur als ein Problem der Banker und Politiker angesehen



Boykottansthifter Castro: Mit seinen Plänen gescheitert

wird. Solange die Vertreter der anderen Wirtschaftsbereiche der Gläubigerstaaten nicht mitspielen, ist die hier vorgeschlagene Form der Schuldentilgung undurchführbar. Was ist zu tun? Im ersten Schritt wäre eine Bewußtseinsänderung angebracht. Neben den vorhandenen Lösungsvorschlägen zur Beseitigung der Schuldenkrise — von fresh money über Moratorien bis Schuldenerlaß — müßte die Tilgung in Geld der Entwicklungsländer zu einer denkbaren Lösung avancieren. Der zweite Schritt, das wären in Wirklichkeit die tausend kleinen, die praktischen Schritte, das trial and error der Unternehmen, das zeigen würde, wie und wo Transaktionen in Währungen der Dritten Welt möglich sind. Nach den Pionieren erst sollte und könnte der Bankensektor hinzutreten und die eigentliche Schuldentilgung allmählich in Geld der Entwicklungsländer zulassen. Von internationalen und gar politischen Abmachungen sollte dabei allerdings Abstand genommen werden.

Das Nebeneinander der verschiedenen Währungen muß jedoch nicht notwendigerweise in ein babylonisches Durcheinander münden, denn für fast die Hälfte der 1000 Milliarden Dollar Kredite haften nicht mehr als zehn Länder. Dabei handelt es sich um Staaten, die in ihren Regionen überwiegend als Entwicklungspole fungieren, deren Währungen dann in den Nachbarländern schon über eine gewisse Geltung im zwischenstaatlichen Handel verfügen. Eine Stärkung dieser Währungen gegenüber denen der unbedeutenderen Nachbarstaaten als Folge der genannten Schritte wäre vielleicht ungerecht; aber gilt dies nicht viel stärker für die Aufrechterhaltung der weltweiten Herrschaft der Wenigen um Dollar, Mark und Yen? *Rainer Willert*

Mit zig Milliarden in der Kreide

Schulden der Entwicklungsländer (in Milliarden Dollar)

Schuldner	Brutto-Gesamtverschuldung		Davon bei westlichen Banken insgesamt	
	1982	1985	1982	1985
Entwicklungsländer*)	626,0	840,0	356,0	387,1
Lateinamerika/Karibik*)	290,0	340,0	182,6	194,6
Brasilien	84,0	103,0	60,5	65,5
Mexiko	83,0	98,0	62,9	70,7
Argentinien	43,0	48,0	25,7	25,1
Chile	17,0	20,0	11,6	13,1
Peru	11,0	14,0	5,4	4,7
Afrika/Mittl. Osten*)	120,0	150,0	31,3	30,2
Israel	28,0	31,0	6,7	5,7
Asien*)	110,0	180,0	62,2	76,7
Südkorea	37,2	43,0	23,2	25,9
Philippinen	20,7	26,0	12,6	12,4
Malaysia	8,6	15,0	6,6	10,6
Thailand	11,1	15,0	4,9	6,5
Opec-Länder*)	106,0	170,0	79,9	85,6

Quelle: Dresdner Bank

*) Insgesamt